

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Cornelia Behm,
Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/12290 –**

Stärkung des europäischen Haischutzes

A. Problem

In den Gewässern der EU leben insgesamt über 130 verschiedene Hai-, Rochen- und Chimärenarten (Knorpelfische, die im Folgenden Haie genannt werden), deren Bestände in den letzten 30 Jahren hauptsächlich durch nicht nachhaltige Fischerei, z. B. Beifang oder gezielte Jagd, dezimiert wurden. Anlass dafür ist die verstärkte Nachfrage nach Haiprodukten, insbesondere nach Haifischflossen im asiatischen Raum. Da die meisten Haiarten sehr langsam wachsen, sehr alt werden und nur wenige Nachkommen gebären, sind sie gegenüber Überfischung besonders empfindlich. Zudem kann eine Dezimierung der Haibestände auch sehr ernste Folgen für das gesamte Meeresökosystem sowie die Fischereiwirtschaft haben.

Ein stärkerer Schutz der Haie – insbesondere der bereits gefährdeten – ist daher dringend erforderlich.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/12290 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2009

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Dr. Peter Jahr
Berichterstatter

Holger Ortel
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Peter Jahr, Holger Ortel, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Undine Kurth (Quedlinburg)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/12290** in seiner 211. Sitzung am 19. März 2009 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In den Gewässern der EU leben insgesamt über 130 verschiedene Hai-, Rochen- und Chimärenarten (Knorpelfische, die im Folgenden Haie genannt werden), deren Bestände in den letzten 30 Jahren hauptsächlich durch nicht nachhaltige Fischerei, z. B. Beifang oder gezielte Jagd, dezimiert wurden. Anlass dafür ist die verstärkte Nachfrage nach Haiprodukten, insbesondere nach Haifischflossen im asiatischen Raum. Da die meisten Haiarten sehr langsam wachsen, sehr alt werden und nur wenige Nachkommen gebären, sind sie gegenüber Überfischung besonders empfindlich. Zudem kann eine Dezimierung der Haibestände auch sehr ernste Folgen für das gesamte Meeresökosystem sowie die Fischereiwirtschaft haben.

Ein stärkerer Schutz der Haie – insbesondere der bereits gefährdeten – ist daher dringend erforderlich.

Der EU-Haiaktionsplan ist ein wichtiger nächster Schritt in die richtige Richtung zur Umsetzung des Haischutzes durch die einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten. Er enthält u. a. Vorschläge für Maßnahmen zur besseren Erforschung der Haibestände, verfolgt insbesondere die Durchsetzung einer nachhaltigeren Haifischerei sowie das Ziel einer strengeren Überwachung des Finning-Verbots (Verbot des Abtrennens von Haifischflossen an Bord von Schiffen). Mitunter sind die Vorschläge im EU-Haiaktionsplan jedoch sehr vage gehalten, weswegen die Phase der Implementierung der vorgeschlagenen Maßnahmen nun entscheidend ist.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen aufgefordert werden,

- sich dafür einzusetzen, dass die Ziele des EU-Haiaktionsplans zügig konkretisiert und umgesetzt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass eine obligatorische Meldepflicht der Haifänge und Beifänge von Haien für die EU-Mitgliedsstaaten eingeführt wird;
- sich im Rahmen der Umsetzung des EU-Haiaktionsplans u. a. dafür einzusetzen, die Fang- und Beifanghöchstgrenzen für alle Haiarten zu reduzieren und für gefährdete Haiarten auf Null herabzusetzen, die Anwendungsgebiete für Quotenregelungen zu erweitern und schnellstmöglich Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher des EU-weiten Finning-Verbots zu schließen;
- auf internationaler Ebene konsequent für eine Verbesserung des Schutzes gefährdeter Haie einzutreten;

- die Aufklärung und Information der Bevölkerung über mögliche gesundheitsschädigende Auswirkungen des Verzehrs von Haifleisch aufgrund der hohen Schadstoffbelastung, und die wissenschaftliche Forschung zu Gesundheitsauswirkungen des Verzehrs von mit toxischen Substanzen belastetem Fisch zu verstärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12290 in seiner 114. Sitzung am 25. März 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12290 in seiner 87. Sitzung am 25. März 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12290 in seiner 81. Sitzung am 25. März 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12290 in seiner 82. Sitzung am 25. März 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/12290 in seiner 101. Sitzung am 25. März 2009 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, es bestehe Einigkeit darin, dass eine europäische Lösung benötigt werde. Deshalb sei der gemeinschaftliche Haiaktionsplan erarbeitet worden. Der Sinn des vorliegenden Antrags werde zwar deutlich. Allerdings agiere die Bundesregierung bereits in diesem Sinne. Wichtig sei vielmehr, sich im April erneut mit diesem Anliegen zu beschäftigen. Dann lägen die Ergebnisse des in Rede stehenden Aktionsplans vor. Daher lehne man den vorliegenden Antrag heute ab.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, der vorliegende Antrag sei durch die Wirklichkeit bereits überholt. Daher werde er nicht mehr benötigt. Deutschland habe bereits frühzeitig geäußert, dass man keine Haie mehr fangen wolle. Ferner sei auf Initiative der Bundesregierung die Fangquote für z. B. den Dornhai in 2009 auf 50 Prozent gesenkt worden. In 2010

liege die Quote bei Null. Hinsichtlich der Beifänge sei festzustellen, dass diese sehr gering seien. Wolle man diese weiter reduzieren, müsse verstärkt in Forschung investiert werden. Zudem sei festzustellen, dass die auf dem Markt befindlichen Schillerlocken nicht aus europäischen Gewässern stammten, sondern vielmehr aus dem Süd- oder Nordostpazifik. Ferner werde Ende dieses Jahres die gewünschte Zertifizierung nach MSC eingeführt.

Die **Fraktion der FDP** betonte, man halte das Anliegen der antragstellenden Fraktion für gerechtfertigt. Daher stimme man dem vorliegenden Antrag zu.

Die **Fraktion DIE LINKE** konstatierte, der vorliegende Antrag sei nicht überholt, insbesondere mit Blick auf das Finning-Verbot und auch das Ganzkörperanlandungsgebot. Dabei wolle man es belassen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, in den Gewässern der EU lebten ungefähr 130 Haisorten. Davon seien mehr als ein Drittel in ihrem Bestand existenziell und einige sogar vom Aussterben bedroht, wie etwa Dornhai und Heringshai. Mit Blick auf die Gesunderhaltung der Fischbestände spielten Haie eine wichtige Rolle im Ökosys-

tem Meer. Haie seien besonders durch diese aktuelle Situation gefährdet, weil sie sehr alt würden und wenig Nachkommen hätten. Gründe für diese drastische Reduzierung der Bestände seien insbesondere eine nicht nachhaltige Fischerei und eine erhöhte Nachfrage nach Haiprodukten. Daher habe die EU-Kommission am 5. Februar 2009 einen sogenannten Haiaktionsplan vorgelegt. Ziel des vorliegenden Antrags sei es, die Bundesregierung wiederholt aufzufordern, sich für die Durchsetzung dieses Haiaktionsplans einzusetzen. Dabei gehe es im Wesentlichen um die Verabschiedung besserer Maßnahmen zur Erforschung der Haibestände, die Durchsetzung nachhaltiger und gezielter Haifischerei, die Regulierung der Beifänge, die konsequentere Überwachung des bereits bestehenden Finning-Verbots und die gesundheitliche Aufklärung über die toxische Belastung, etwa mit Methylquecksilber, von Haifleisch, z. B. Schillerlocken. Man bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/12290 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2009

Dr. Peter Jahr
Berichtersteller

Holger Ortel
Berichtersteller

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatlerin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatlerin